

nen sind mindestens dreimal so hoch wie die Förderung für die Windenergie – einschließlich aller anderen erneuerbaren Energieträger“ zitiert wiederum die Frankfurter Allgemeine Zeitung Axel Michaelowa, Leiter des Forschungsschwerpunktes Internationale Klimaökonomik am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

Trotzdem findet Michaelowa, die Subventionen für die Windenergie seien zu hoch: „Die Technologieanbieter in der Windkraftbranche leben von den Subventionen so gut, daß kein Anreiz für die Senkung der Kosten besteht. Die Subventionen müßten mindestens 5 bis 10 Prozent jedes Jahr gesenkt werden.“ Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung meint das auch Gernot Klepper vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Aus ökonomischer Sicht seien die Subventionen wohl zu hoch, sonst gebe es keine Anreize, an unwirtschaftlichen Standorten Windräder zu bauen. Laut Michaelowa gibt es etwa in Südfrankreich „genügend Standorte mit besseren Windverhältnissen als an der deutschen Nordseeküste“. Frankreich habe gerade einen hohen Einspeisesatz für Strom aus erneuerbaren Energien festgelegt. ●

Atompolitik

Europaparlament fordert Euratom-Reform

Das Europäische Parlament hat sich am 24. September 2003 in einer Resolution mehrheitlich für eine Reform des Euratom-Vertrages ausgesprochen. An die Staats- und Regierungschefs, die am 4. Oktober 2003 in Rom die EU-Regierungskonferenz eröffnen, ergeht damit der Handlungsauftrag zur Einberufung

einer eigenen Konferenz, die sich mit dem Euratom-Vertrag auseinandersetzt. Die Stellung des Euratom-Vertrages in einer Europäischen Verfassung ist umstritten. Der Entwurf des Verfassungskonvents hatte vorgesehen, daß der Euratom-Vertrag unverändert als Protokoll der Europäischen Verfassung angehängt wird und seine volle Wirksamkeit behält. Die Kritik macht sich daran fest, daß der Euratom-Vertrag in einem liberalisierten Strommarkt wettbewerbsverzerrend wirkt. Zuschüsse in

Umweltradioaktivität

In die Mosel soll mehr Tritium eingeleitet werden

Die französischen Behörden haben Ende der ersten Septemberwoche 2003 das Bundesumweltministerium (BMU) darüber informiert, daß der Betreiber des französischen Atomkraftwerkes Cattenom eine neue Genehmigung für radioaktive Ableitungen in die Mosel beantragt hat. Die Unterlagen über diese Pläne sollen schnellstmöglich für die deutsche Bevölkerung in der Grenzregion ausgelegt werden, teilt das Bundesumweltministerium mit. Dafür setze es sich bei den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland ein. Der Bund habe mit den französischen Behörden vereinbart, daß bis Mitte Oktober Einwendungen und Stellungnahmen abgegeben werden können.

Nach Angaben der französischen Seite sollen die bisherigen Genehmigungswerte für die Ableitung von radioaktiven Stoffen ins Moselwasser mit Ausnahme von Tritium reduziert werden. Der Ableitungswert für Tritium solle zwar zunächst bestehen bleiben, vorsorglich werde jedoch für eine ab 2006 vorgesehene andere Betriebsweise der Brennelemente ein Antrag auf

Milliardenhöhe, wie zuletzt an den maroden britischen Atomkonzern British Energy, werden mit dem Hinweis auf den Euratom-Vertrag gerechtfertigt. Der freie Wettbewerb bleibe damit auf der Strecke, rügen die Kritiker. Der Euratom-Vertrag sei einseitig, weil er ausschließlich – und das seit 1957 – die Förderung der Atomenergie vorsieht. Er sei undemokratisch, weil bei der Vergabe der Fördermittel das Europäische Parlament ausgeschaltet ist. ●

Erhöhung der Ableitungswerte für Tritium gestellt.

Die deutsche Beteiligung erfolgt im Rahmen einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Die Unterlagen werden bereits seit August 2003 auf französischer Seite in der Umgebung der Anlage zur Einsicht der Bevölkerung ausgelegt. Da die Unterlagen versehentlich erst am 5. September 2003 bei ihm eingegangen seien, so das BMU, sei mit der französischen Seite Einvernehmen erzielt worden, daß die deutsche Seite bis Mitte Oktober zu dem Vorhaben Stellung nehmen könne. Dies erlaube es, daß auch in Deutschland die Bürger in angemessenem Umfang beteiligt werden könnten, meint das BMU. Und weil es die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der Ableitung von radioaktiven Stoffen in die Mosel sehr ernst nehme, habe es zudem die Strahlenschutzkommission (SSK) gebeten, die französischen Genehmigungsunterlagen fachlich zu prüfen. Die SSK solle insbesondere eine Stellungnahme zu dem beantragten höheren Tritiumwert abgeben.

Kommentar

Das Erarbeiten begründeter Stellungnahmen ist deutschsprachigen Bürgern kaum möglich, weil lediglich eine Kurzfassung der relevanten Unterlagen in deutscher Sprache vorliegt und der Langtext schon aus sprachlichen Gründen der Bevölkerung nicht zugänglich ist.

In dem Genehmigungsantrag wird auch nicht darauf eingegangen, daß es in Cattenom erhebliche Probleme mit undichten Brennelementen gibt. Es wird auch nicht die Erfahrung des Sommers 2003 berücksichtigt, in dem hohe Außentemperaturen und geringer Wasserstand zu gravierenden Betriebsproblemen bei französischen Atomkraftwerken führten.

Es macht nachdenklich, daß Cattenom die Tritiumabgaben erhöhen will – wir erinnern an die extrem hohen Freigrenzen in der neuen Strahlenschutzverordnung in Deutschland gerade für Tritium. ●

Atomtransporte

Militärdiktat in Frankreich

Das Verbreiten von Informationen über Atomtransporte ist in Frankreich neuerdings strafbar

Frankreich hat seit dem 9. August 2003 alle Atomtransporte zu einem militärischen Staatsgeheimnis erklärt. Das französische Wirtschaftsministerium begründet diesen ungewöhnlichen Schritt mit der Gefahr möglicher Terroranschläge und mit den wachsenden Protesten im Land gegen diese Transporte. Wer Informationen über solche Transporte öffentlich verbreitet, wird strafrechtlich verfolgt. Nach dem französischen Recht drohen Maximalstrafen bis zu 5 Jahren Gefängnis und Zahlungen bis zu 70.000 Euro.